

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Prüll, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Die Agitation im Frühjahr verspricht den meisten Erfolg. Ueberall soll die planmäßige Organisation derselben ohne Zögern in Angriff genommen werden. Ueber 500 000 Kolleginnen und Kollegen sind noch zu gewinnen. Auf, an die Arbeit!

Das Wirtschaftsjahr 1913.

II.

Die Lage im Verbandsgebiet.

Werfen wir einen Rückblick auf die zu unserm Agitationsgebiet gehörenden Industriezweige, so finden wir, daß vornehmlich die vom Baugewerbe abhängigen Gruppen schlecht mit Aufträgen versehen waren. Nun steht uns ja leider eine übersichtliche Produktionsstatistik nicht zur Verfügung, und damit fehlt uns das eigentliche Mittel zur sichersten Beurteilung der Lage in den einzelnen Gruppen. Auch über Ein- und Ausfuhr, die zum Teil Schlüsse zulassen, liegen die Detailziffern noch nicht vor. Wir sind also lediglich auf die Monatsberichte des „Reichsarbeitsblattes“ angewiesen, unter dessen Zuhilfenahme wir eine kurze Uebersicht geben.

Für die Ziegelindustrie lauten die Angaben über den Beschäftigungsgrad durchgehend schlecht. Teilweise war wohl der Absatz besser, aber die Industrie nahm angehts der daniederliegenden Bauten eine lebhaftere Beschäftigung nicht auf. Die Hauptleidtragenden blieben unter diesen Umständen zweifellos die Arbeiter. Günstiger lagen die Verhältnisse in der Zementindustrie, nur für einige Monate war die Geschäftslage eine weniger gute. Insbesondere lauten die Berichte „unbefriedigend“ zu Anfang des Frühjahrs, weil infolge der Bauunlust die sonst zu dieser Zeit einlaufenden Aufträge nicht in gewohnter Weise eingingen.

Von der Papierindustrie ist es die Gruppe „Holzstoff“, die während des ganzen Jahres über schlechten Geschäftsgang klagte. In der eigentlichen Papierfabrikation war der Beschäftigungsgrad im Mittel des Jahres schleppend, sonst genügend. Gut liefen die Aufträge bei den Zellstoffabriken ein, woraus wohl nicht mit Unrecht geschlossen werden kann, daß der Absatz in größeren Papieren nicht zurückgegangen ist. Auch die Tapetenindustrie konnte in der zweiten Hälfte des Jahres über befriedigenden Geschäftsgang berichten. Dagegen war auch die Frühjahrsperiode ausnahmslos schlecht oder unbefriedigend. Das ist erklärlich, da ja gerade diese Industriegruppe vom Baumarkt stark abhängig ist. Im allgemeinen klagt die Gesamtpapierindustrie, daß sie auch jetzt noch unter einer lähmenden Ueberproduktion zu leiden habe. Trotzdem ist das Nominalkapital der Aktiengesellschaften im abgelaufenen Jahre bedeutend erhöht worden, und auch die Durchschnittsdividenden der bis zum Oktober 1913 betamntgewordenen Geschäftsabschlüsse ist gestiegen. Daraus können allerdings für die Gesamtindustrie ganz sichere Schlüsse bezüglich der Rentabilität nicht gezogen werden. Mit ziemlicher Sicherheit kann man aber daraus entnehmen, daß der Konkurrenzkampf weiter tobt und an eine Regulierung der Produktion vorerst nicht zu denken ist.

Der Absatz in der Gummiindustrie war befriedigend, aber es wird teilweise, wie auch in andern Industriezweigen, über mangelnde Aufträge geklagt. Gut beschäftigt war einzig die chemische Industrie. Einige kleinere Gruppen davon berichten allerdings über teilweise stockenden Warenabgang, so z. B. die pharmazeutische Industrie. Als Ursachen werden die Kriegswirren auf dem Balkan angegeben. Danach hätten sich die kriegführenden Staaten während der Kämpfe keine besondere Sorge um die Beschaffung von Arzneimitteln gemacht. Die Zuckerindustrie berichtet über normalen Geschäftsgang. Aus einigen Teilen des Reiches wurde sogar über Arbeitermangel geklagt. Das ist zu Krisenzeiten wohl recht verdächtig. Aber der Eingeweihte weiß, daß es sich nicht um Arbeitermangel schlechthin handelt, sondern um Mangel an billigen Arbeitskräften. Wenn diese Tatsache schon während der Krise konstatiert werden muß, so kann man ermaßen, wie niedrig die Entlohnung in der Zuckerindustrie sein muß. Für diesen Industriezweig steht uns auch eine unsern Ansprüchen genügende Produktionsstatistik zur Verfügung. Nun ist allerdings der Ausfall des Gewinnergebnisses in der Zuckerindustrie, d. h. speziell der Rohzuckerindustrie, nicht abhängig von der Produktionsziffer. Schlechte Rübenenernte und verminderte Zuckerproduktion bedeuten unter Umständen erhöhten Gewinn.

Da nun die Gesamtziffern über den Produktionsertrag für die Kampagne 1913/14 noch nicht vorliegen können, geben wir hier das Resultat der letzten vier Monate des Jahres 1913 wieder. Das Ergebnis ist folgendes:

Monat	Zahl der Fabriken		Rübenverarbeitung (Tonnen)		Zuckerzeugung (Tonnen)	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
September	133	148	398 537	310 123	57 698	48 577
Oktober	342	341	5 760 468	5 957 505	832 204	849 342
November	342	341	6 015 315	6 447 567	955 491	997 347
Dezember	328	297	3 894 470	3 745 374	630 076	599 592
			16 068 790	16 460 570	2 475 471	2 494 858

Die Zuckerzeugung in den vier Monaten übertrifft mithin noch die des Jahres 1912, die seither die höchste überhaupt war.

Zudem dürfte die süße Industrie Anlaß zu Klagen auch für das letzte Geschäftsjahr nicht haben.

Auch an den Börsenkursen können wir die wirtschaftliche Lage der Industrie erkennen. Der Kursstand der einzelnen Industriezweige bestätigt die in unserer Betrachtung über den Beschäftigungsgrad gemachten Angaben. Die chemische Industrie hat den vorjährigen Stand noch überholt, während bei der Papierindustrie und der Industrie der Steine und Erden ein Sinken zu verzeichnen ist. Die beiden letzteren Industriezweige weisen in keinem der vorhergehenden vier Jahre einen solchen Tiefstand auf wie im Jahre 1913.

Der Kursstand ist für die letzten fünf Jahre, und zwar immer für die Jahresmitte (30. Juni) und den Jahresluß (31. Dezember) angegeben.

Industrie	1909		1910		1911		1912		1913	
	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.
Industrie der Steine und Erden	184	195	194	198	194	199	188	179	177	176
Chemische Erden	301	349	342	370	376	382	383	382	392	402
Papierindustrie	118	125	127	128	135	127	125	111	103	99

Die chemische Industrie hat auch in Zukunft noch tausenderlei Möglichkeiten, sich neue Produktionsgebiete zu erschließen. Das dürfte ihr auch fernerhin ungeahnte finanzielle Erfolge sicherstellen.

Bezüglich der Gesamtlage im Verbandsgebiet ist also leider eingetroffen, was wir im Vorjahre schrieben: „... es ist nicht ausgeschlossen, daß schon das nächste Jahr unangenehme Ueberraschungen bringt“.

Auf dem Arbeitsmarkt sah es für unsere Mitglieder im abgelaufenen Jahre besonders schlecht aus. Was nützt es, wenn in den für uns zuständigen Industriegruppen guter Absatz der vorher angehäuferten Produkte vorhanden ist, aber keine Aufträge vorliegen. Der Unternehmer kann ohne materiellen Schaden aus einer Krise hervorgehen, der Arbeiter nicht. Er, der an der Ueberproduktion unschuldig ist, hat mit seiner Familie die Kosten zu tragen. Unsere Kollegen sind bei ungünstiger Konjunktur besonders schlimm daran, da ein Abfluten vieler Arbeiter aus gelehrten Berufen in die Industriezweige, die eine besondere berufliche Vorbereitung nicht erfordern, ohne weiteres stattfinden kann. Der umgekehrte Fall ist nicht so leicht möglich. In welchem Umfange unsere Mitglieder von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, geht aus nachfolgender Aufstellung hervor. Zum Vergleich sind die fünf Vorjahre daneben gestellt.

Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit im ganzen Quartal:

	1908	1909	1910	1911	1912	1913
1. Quartal	7,5	13,5	8,6	6,7	7,7	6,5
2. Quartal	4,7	5,0	4,7	3,2	3,2	4,2
3. Quartal	4,8	4,2	3,1	3,0	2,8	4,1
4. Quartal	9,3	6,5	4,3	4,3	4,0	6,5

Nach diesen Zahlen war die Arbeitslosigkeit in den letzten drei Quartalen 1913 bedeutend stärker als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im dritten und vierten Quartal wurde sogar das Krisenjahr 1909 erreicht. Dasselbe ungünstige Resultat ergibt sich, wenn die an die Arbeitslosen ausbezahlte Unterstützung als Maßstab angenommen wird. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt:

	1908	1909	1910	1911	1912	1913
1. Quartal	128 422	272 116	198 087	141 040	221 361	169 616
2. Quartal	64 138	68 077	99 850	64 603	58 966	85 339
3. Quartal	63 384	60 487	59 160	56 417	51 979	88 747
4. Quartal	123 366	99 666	84 202	89 202	83 930	163 659
Jahr	379 310	500 626	441 299	351 542	416 236	507 361

Die Zusammenstellung zeigt, daß unsere Mitglieder von der Arbeitslosigkeit stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Bei der Arbeitslosenunterstützung sind es wiederum das zweite, dritte und vierte Quartal 1913, die die Situation kennzeichnen. Besonders im vierten Quartal setzte die Arbeitslosigkeit mit voller Schärfe ein. Obwohl im ersten Quartal gegen das Vorjahr 51 745 M. weniger an Arbeitslosenunterstützung verausgabt wurden, beträgt doch die Mehrleistung für das ganze Jahr 91 125 M.

Die Kosten der Lebenshaltung

Sind schon Zeiten mit umfangreicher Arbeitslosigkeit, wie das Jahr 1913 sie brachte, geeignet, die Arbeiterchaft mit banger Sorge zu erfüllen, dann um so mehr, wenn die Preise für die täglichen und notwendigsten Bedarfsartikel nicht nur nicht zurückgehen, sondern teilweise noch eine Steigerung erfahren. Ein allgemeiner Notstand ist dann die Folge mit all seinen Begleiterscheinungen, als Krankheiten, Morde und Selbstmorde, Eigen-

tumsvergehen in erhöhtem Maße usw., Vergehen und Verbrechen nehmen zu, sie sind in vielen Fällen das Ergebnis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese Tatsache ist heute allgemein bekannt, ja sie ist bereits von der Kriminalstatistik erfasst und gewürdigt, aber vorbeugende Maßnahmen sind noch nicht getroffen worden.

Am 20. Januar d. J. erklärte im Deutschen Reichstage der Staatssekretär Dr. Delbrück bei Besprechung des Etats des Reichsamts des Innern, als er die Frage der Tarifverträge erörterte, unter anderem: „Eine gebildete und gesellschaftlich und wirtschaftlich gut gestellte Arbeiterchaft ist eine der Säulen, auf denen unsere Industrie ruht.“ Derselbe Staatssekretär hat aber am 5. Dezember 1913 in Beantwortung der Arbeitslosen-Interpellation nicht in Aussicht stellen können, daß in absehbarer Zeit an die Einführung einer Reichsarbeitslosenunterstützung zu denken sei. Das ist nicht nur im Interesse der Arbeiter resp. der Arbeitslosen, sondern nach den eigenen Worten Delbrücks auch der Industrie zu bedauern.

Um die Gegenwirkung von Lohn und Lebensmittelpreisen beobachten zu können, wäre eine einheitliche und konzentrierte Statistik über das ganze Reich erforderlich. Leider steht uns eine solche nicht zur Verfügung. Wir haben heute lediglich als Notbehelf zur Beurteilung der Schwankungen im Haushaltsbudget die Calwer'schen Angaben. Als Grundlage für die Berechnungen der Haushaltskosten nimmt Calwer die wöchentliche Rationsmittelration eines deutschen Marinefeldaten. Diese setzt sich (für eine Woche) wie folgt zusammen:

	Gramm	Gramm	
Rindfleisch	800	Kartoffeln	3000
Schweinefleisch	750	Brot	5250
Hammelfleisch	800	Butter	455
Reis	150	Zucker	340
Bohnen	300	Salz	106
Erbien	300	Kaffee	105
Weizenmehl	500	Te	21
Wachspflanzen	200	Eßig	0,11 Liter

Diese Ration wird nun auf eine Durchschnittsfamilie von 4 Personen (Mann, Frau und 2 Kindern; die 2 Kinder gleich einer erwachsenen Person gerechnet) umgerechnet, d. h. verdreifacht. Für die so berechnete Menge von Nahrungsmitteln wird dann die Ausgabe nach dem jeweiligen Marktpreis ermittelt. Diese Berechnung erstreckt sich zurzeit auf fast 200 Städte. Selbstverständlich hat auch diese Art, die Haushaltskosten zu ermitteln, noch Mängel, aber sie stellt doch den umfassendsten und sichersten Versuch auf diesem Gebiete dar. In den letzten drei Jahren ergeben sich für die einzelnen Monate folgende Summen als notwendige Ausgaben für Lebensmittel:

	Nahrungsmittelaufwand	
	1911	1912
Januar	23,50	24,69
Februar	23,61	24,83
März	23,60	25,18
April	23,80	25,74
Mai	23,77	25,52
Juni	23,97	25,85
Juli	24,37	26,10
August	24,65	26,66
September	24,77	26,63
Oktober	24,88	26,26
November	24,64	26,08
Dezember	24,60	26,03

Ausdrücklich soll noch hervorgehoben werden, daß die für eine Woche absolut notwendige Geldsumme allein zur Beschaffung von Lebensmitteln erforderlich ist. Wohnung, Licht, Brand, Kleidung, Steuern usw. sind noch außer Betracht geblieben. Obige Zusammenstellung zeigt nun, daß der Nahrungsmittelaufwand im ersten Vierteljahr 1913 seine beiden Vorjahre übertraf. In den nachfolgenden Monaten erfolgte allerdings ein Sinken, aber von nicht großer Bedeutung. Dem völlig arbeits- und verdienstlosen nützen übrigens auch die etwas niedrigeren Lebensmittelpreise nichts.

Eine Teuerung besteht für die deutsche Arbeiterchaft also auch weiterhin. Mit dem Steigen der Lebensmittelpreise haben auch die Löhne nicht gleichen Schritt gehalten. So konstatiert Dr. Karl von Thjasa, Direktorialassistent am Statistischen Amt der Stadt Leipzig, im Schlußkapitel seiner Arbeit über „Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert“, daß von 1900 bis 1912 der Lohn der Bergarbeiter im Dortmunder Bezirk im Verhältnis von 100 zu 116,7 gestiegen ist, dagegen die Haushaltskosten in Preußen nach den Durchschnittspreisen in der gleichen Zeit von 100 auf 135,2. Demnach ist die Kaufkraft ihres Lohnes gesunken von 100 auf 81,5, d. h. was sie früher für 81,5 Pf. kaufen konnten, kostet jetzt 1 M. Der Lohn der Münchner Buchdrucker stieg von 1900 bis 1911 im Verhältnis von 100 zu 119, ihre Haushaltskosten aber stiegen von 100 auf 119,5. Wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ mitteilt, veröffentlicht die Firma Krupp im Tarifbericht der Handelskammer Essen die Bewegung der Lebensmittelpreise bei der Krupp'schen

Konsumanstalt, desgleichen die in der Gussstahlfabrik verdienenden Durchschnittslöhne. Die „N.-R.“ schreibt hierzu:

„Aus den Preisschwankungen der einzelnen Lebensmittel kann man nicht ohne weiteres die Steigerung der Haushaltskosten übersehen. Berechnet man aber auf Grund der Kruppischen Statistik unter Berücksichtigung der Verpflegungssituation des deutschen Marinefeldaten die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, so kommt man zu folgendem interessanten Ergebnis:

Jahr	Kosten des Nahrungsmittelaufwands	Durchschnittslohn	
		täglich	wöchentlich
	ML.	ML.	ML.
1899	17,58	4,72	28,32
1900	17,82	4,78	28,68
1901	18,06	4,63	27,78
1902	18,18	4,52	27,12
1903	17,97	4,56	27,36
1904	17,85	4,88	29,28
1905	18,84	5,12	30,72
1906	19,86	5,35	32,10
1907	19,62	5,35	32,10
1908	20,46	5,44	32,64
1909	20,55	5,51	33,06
1910	21,18	5,59	33,54
1911	21,45	5,66	33,96
1912	22,29	5,89	35,14
1913	22,83		

Von 1899 bis 1913 sind die Kosten des Nahrungsmittelaufwands also um 29,86 Prozent, die Durchschnittslöhne aber nur um 24,79 Prozent gestiegen. Seit dem Hochkonjunkturjahre 1907 wurden die Ausgaben für Essen und Trinken um 16,36 Prozent, während sich das Lohnniveau der Kruppischen Arbeiter um nur 10,09 Prozent erhoben hat. Zu diesen Schlüssen kommt man unter der Voraussetzung, daß die Kruppische Statistik zutreffend ist. Dies läßt sich leider nicht nachprüfen. Vor allem kam die Berechnung der Durchschnittslöhne nicht ohne weiteres für beweiskräftig gehalten werden, weil ja die Firma nicht angibt, wie die Arbeitsgelegenheit gewachsen ist. Unter Umständen könnte sich bei Nachprüfung der Lohnberechnungen noch ein ungünstigeres Bild ergeben. Ferner ist zu beachten, daß bei der Berechnung der Kosten des Nahrungsmittelaufwands die Preise für die billigeren Sorten zugrunde gelegt wurden, um von vornherein gewissen Einwendungen die Basis zu entziehen. Auf alle Fälle ergibt sich aus der Statistik der Firma Krupp mit absoluter Sicherheit, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sich verschlechtert hat. Die Erhöhung des Lohnniveaus hat mit der Verteuerung des Lebensbedarfs nicht Schritt gehalten.

Daß unter solchen Umständen die Regierung dem Drängen der Scharfmacher auf erweiterten Arbeitsschutz, d. h. Beschneidung des Koalitionsrechts immer mehr entgegenkommen zeigt, ist Beweis dafür, daß sie sich entweder der Gefahr nicht bewußt ist, die dem Volksganzen droht, wenn das Existenzniveau der Arbeiterklasse noch mehr herabgedrückt werden würde, oder sie ist sich dessen bewußt, dann um so schlimmer für sie.

Die Arbeiter, die als Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung die ganze Schärfe der Krise zu fühlen bekommen, haben alle Ursache, äußerst wachsam zu sein und mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht nur Verschlechterungen ihrer Lebenshaltung nach Kräften abzuwehren, sondern sich von den durch ihrer Hände Arbeit erzeugten Kulturwerten, die im Ueberfluß vorhanden sind, einen erhöhten Anteil zu erkämpfen. Dazu ist Vorbedingung der weitere Ausbau auch unserer Organisation, und hierbei soll jedes Mitglied, das dazu in der Lage ist, tatkräftig mithelfen.

Der Tarifvertrag.*)

IV.

Die Bedeutung des Tarifvertrags für Staat, Arbeitgeber, Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Nachdem wir uns über alle Tatsachen der Tarifentwicklung klar geworden sind, können wir mit ruhigem Gewissen ein Urteil über ihren Wert abgeben.

Ich frage zuerst: Hat der Tarifvertrag Bedeutung für den Staat? Ich sehe nicht an, diese Frage zu bejahen. Unsere großen Gesetze des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung sind beides staatliche Einrichtungen. Da muß man fragen, ist der Staat bei diesem Massenbetrieb, bei dieser Fülle mannigfaltiger Neuerungen, bei jeder Wendung der Technik und Wirtschaftsführung heute noch allein imstande, den sozialen Schutzgedanken durchzuführen? Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Der Staat vermag oft schon technisch deswegen, weil seine Maschine zu groß und zu schematisch ist; da schmiegt sich in das Gesetz der Arbeitsschutzvertrag als eine neue Rechtsquelle hinein. Er kann den Staat entlasten, ergänzen und in gewissen Fällen die Staatsnorm überflüssig machen, die Arbeitsnormen des Tarifvertrags sind beweglicher und anpassungsfähiger. Denken Sie nur an die Frage: Arbeitsurlaub, Arbeitspausen, Arbeitszeit, Akkorde usw. Alle dies kann durch einen Tarifvertrag besser geregelt werden als durch ein Staatsgesetz. Wo heute das Gesetz am vollständigsten sein sollte, ist es am schwierigsten, so daß sich oft geschulte Juristen nicht mehr in ihm zurechtfinden. Da kommt der Tarifvertrag als neue Rechtsquelle, die sich die Beteiligten selbst unmittelbar beschaffen haben. Aber auch in politischer Beziehung hat der Tarifvertrag eine selbständige Bedeutung. Damit irgendwo ein Fortschritt erreicht werden kann, Sonntagsruhe usw., muß der ganze unerschöpfliche Weg der Politik beschritten werden. Aber warum müssen wir den unerschöpflichen Weg über die Politik in den Fällen gehen, die eben so leicht durch die unmittelbare Tätigkeit der Beteiligten erreicht werden können?

Ich sage damit nichts gegen die politischen Bestrebungen im Interesse der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf der notwendigen Ergänzung durch die politische Partei. So werden aber Fragen herausgenommen und den direkt Beteiligten selbst überlassen werden können, soll es geschehen. Ich glaube, daß der Gehalt der Reichsparlamente, in denen die sozialen und wirtschaftlichen Fragen des Gewerbes auf Grundlage allgemeiner gesetzlicher Ermächtigung durch die Beteiligten selbst erledigt werden können, keine Utopie mehr ist. Ich glaube sogar, daß solche Reichsparlamente für die einzelnen Gewerbe — wie wir sie tatsächlich schon in unseren Reichsgewerkschaften haben — sehr wohl einmal zu einem sozialen Parlament zusammengeführt werden können, in dem die Grundfragen des Arbeitsverhältnisses, deren Erledigung die Staatsgesetze nicht so wirksam vornehmen können, durch die Beteiligten unmittelbar geregelt werden können. Tat-

sächlich geht die Entwicklung auf immer größere Zentralisierung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände hinaus. Es entstehen gemeinsame Interessen des Arbeitgeber- und Arbeitnehmers. Vielleicht kommt einmal die Zeit, wo diese Interessen in gemeinsamen Veranstaltungen der gedachten Art ihren Ausgleich suchen.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich das selbständige Interesse des Staates an der Pflege der Tarifverträge. Der Staat sollte nicht nur die Tarifentwicklung als Konsument, der Lieferungsverträge mit Betrieben abschließt, sondern auch als Produzent, der Arbeiter beschäftigt, unterstützen. Der Staat sollte aber auch zugleich als Gesetzgeber die Tendenz des Tarifvertrags, allgemeines Gewerbegesetz zu werden, fördern. Er sollte Formen schaffen, die es erlauben, daß bestimmte Tarifverträge, die in einem Gewerbe zum größten Teile durchgeführt sind, ganz oder zum Teil, solange der Tarifvertrag besteht, zum Gewerbegesetz erhoben werden können. Damit werden die Quertreibereien der Außenseiter gegen den Tarifvertrag durch den Staat selbst beseitigt.

Wie stehen nun die Arbeitgeber zum Tarifvertrag?

Viele sind heute für den Tarifvertrag gewonnen. Manche sogar in so starkem Maße, daß sie Tarifverträge fordern, wo bei der Arbeiterschaft kein besonderes Verlangen danach vorhanden ist. Dahinter stehen aber große und mächtige Arbeitgebergruppen, die nach wie vor den Tarifvertrag ablehnen. Ich erinnere an die Geminnungen, von denen ich in der ersten Stunde gesprochen. Da ist es gut zu wissen, daß die Bedeutung des Tarifvertrags, besonders für den leistungsfähigen Arbeitgeber eine doppelte ist. Es werden heute oft langfristige Verträge mit den Kunden abgeschlossen. Die Selbstkosten müssen deshalb auf mehrere Jahre im voraus berechnet werden. Da ist es wichtig, feststehende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu haben, nach denen die Berechnung aufgestellt werden kann. Der Unternehmer weiß dann, daß unvorhergesehene Streiks seine Kalkulation nicht umwerfen können.

Aber der Tarifvertrag hat auch noch einen andern Nutzen für den Arbeitgeber. Er dient nicht nur zur Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im eigenen Betriebe, sondern auch in dem der Konkurrenz. Wenn aber alle Betriebe dem gleichen Tarifvertrag unterworfen sind, d. h. gleiche Löhne zahlen müssen, ist die Möglichkeit der Preisunterbietung wenigstens nach einer Richtung hin ausgeschlossen.

Und nun müssen wir zuletzt noch fragen: Was nützt der Tarifvertrag der Arbeiter- und Angestelltenbewegung? Meines Erachtens Vierfaches:

Erstens sichert der Tarifvertrag die im Arbeitskampfe gewonnenen Errungenschaften für die im Verträge vorgesehene Zeit. Als es noch keine Tarifverträge gab, konnte wohl ein Streik siegreich sein, ob aber die Vorteile des Streiks auch blieben, war oft sehr zweifelhaft. Beim Tarifvertrag aber kann sich der Arbeitgeber nicht mehr losagen von dem, was er einmal zugesagt hat. Mit andern Worten: Das Lebensniveau, auf dem einmal die Arbeiter angelangt sind, bleibt erhalten.

Zweitens verwickelt der Tarifvertrag den Gedanken der Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die sogenannte „konstitutionelle Fabrik“ vermag dies keineswegs. Sie ist auf dem Arbeiterschuß aufgebaut, der weiter nichts ist als ein Parlament abhängiger Existenzen. Er ist zu vergleichen mit einem Parlament, in dem nur Angestellte des Staates sitzen. Wie kann ein solches Parlament eine freie und selbstbewußte Interessenvertretung der Arbeiter sein? Die konstitutionelle Fabrik ist nur eine Form, in die sich die Willkür des Arbeitgebers kleidet. Der Tarifvertrag aber ist auf die Organisation aufgebaut, die unabhängig vom Arbeitgeber ist. Ihr kann nicht gekündigt werden, sie kann allein zielbewußt fordern und mitbestimmend auftreten.

Drittens schränkt der Tarifvertrag die Willkür des Arbeitgebers in der Behandlung des einzelnen Arbeiters ein. Durch den Tarifvertrag dringt so etwas wie der Gedanke des Rechtsstaates in den Betrieb ein. Der einzelne Arbeiter ist nach den Normen des Tarifvertrags zu behandeln. Jeder Vorarbeiter, jeder Werkmeister, jeder höhere Angestellte und der Unternehmer selbst sind an diese Normen gebunden. Die Verletzung dieser Norm ist Tarifbruch. Hinter dem einzelnen steht der Verband, der diesen Tarifbruch abwehrt. Damit oder gewinnen alle Arbeits- und Lohnbedingungen etwas Sichtbares, etwas Deffentliches, mit dem der Arbeitgeber rechnen muß.

Und viertens endlich macht der Tarifvertrag Kräfte frei, indem nicht alle Kräfte der Gewerkschaften auf den Kampf eingestellt werden muß, sondern durch die festgelegten Arbeits- und Lohnbedingungen Ruhepausen geschaffen, in denen sich die Kräfte sammeln und für neue Aufgaben bereit machen können.

Wenn aber auch diese Vorteile des Tarifvertrags ganz offensichtlich sind, so muß man doch vor einer Ueberschätzung des Tarifvertrags warnen. Der Tarifvertrag ist nicht das alleinige und nicht das höchste Ziel der gewerkschaftlichen Politik. Er ist nur ein Mittel in dem großen Versuch, die Arbeiter- und Angestellten-Schichten materiell und geistig zu heben. Für diesen Versuch bildet der Tarifvertrag eine Grundlage, weil er neue Kräfte weckt, aber nicht mehr. Er bedarf der Ergänzung nach folgenden Richtungen hin.

Zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht. Was der Tarifvertrag vermag, ist die Hebung des Nominallohnes. Damit ist aber nicht immer ein wirtschaftlicher Gewinn verbunden, denn die Teuerung, die heute auf allen Gebieten herrscht, kann den gewonnenen erhöhten Lohn wieder vollständig aufzehren. Darum muß sich die Arbeiterschaft immer mehr ihrer Bedeutung als Konsument bewußt werden, um durch genossenschaftliche Organisation den Reallohn, d. h. die Kaufkraft des Lohnes zu erhöhen. Wir stehen erst am Anfang dieses Weges. Wir haben die gewaltige Konsumvereinsbewegung, aber die genossenschaftliche Benutzung derjenigen Mittel, die die Arbeiterschaft braucht, bietet noch unbegrenzte Möglichkeiten. Was sie leisten kann, beweist in letzter Zeit das große Werk der Volkspflege. Neue Gebiete müssen noch erobert werden. Man denke nur an den genossenschaftlichen Erwerb der Abzahlungsgeschäfte.

Wahrscheinlich ungeheure Verluste hat die große Masse durch die Methode vieler dieser Geschäfte. Billige, gute Möbel unter kunstgewerblicher Kontrolle, in denen sich ein selbstbewußter Arbeiterstil ausdrückt, auf genossenschaftlichem Wege verschafft, ist eine Möglichkeit, die zur Wirklichkeit werden könnte. Heute sitzt der Arbeiter unter fremden Möbeln, die einen Geist atmen, der ihm fremd sein muß. Kunstlose Empiremöbel aus arbeitskräftiger Zeit, mit Euk und schlechtem Holz, umgibt die Arbeiter. Was könnte da noch geschehen? Dasselbe gilt von der Wohnungsfrage.

Zu diesen wirtschaftlichen Erwägungen kommt aber noch die Regulierung des Arbeitsmarktes. Wir haben die Freizügigkeit und müssen sie haben. Wir kennen alle das Landarbeiterelend, das die Menschen von den großen Gütern treibt, weil sie dort Unterlanten sind und zur Selbständigkeit nicht aufsteigen können. Aber durch den Zustrom der großen Masse beschlossener Landvolkes in die Stadt wird der Lohn immer wieder gedrückt. Da ergibt sich die Frage der Agrarform, die Frage der inneren Kolonisation, die Frage der Anfassungsmachung von Landarbeitern; diese Frage ist auch eine Frage der Lohnpolitik, die darauf angewiesen ist, das Arbeiterangebot zu regulieren.

Dazu kommt, daß die Gewerkschaften sich immer mehr begreifen müssen als Selbstverwaltungskörper der großen sozialen Institutionen, die unsere Zeit hat und nach denen sie noch strebt. Der Tarifvertrag regelt den Arbeitsvertrag, damit ist aber auch seine Tätigkeit erschöpft. Er kann nicht das ganze dunkle Schicksal des Arbeiterdaseins, das auf den Tarifvertrag angewiesen ist, aufheben. Wir kennen alle dieses schwere Schicksal, das in der völligen Aussichtslosigkeit besteht, zur Selbständigkeit aufzusteigen, dieses Schicksal, das mit dem wachsenden Alter einen Niedergang anstatt einen Aufstieg und einen ruhigen Abschluß des Lebens bringt. Dieser Gedanke macht die Arbeiter oft freud- und interesselos, dieses Schicksal nimmt dem lebendigen Menschen die Persönlichkeit.

Hier stehen wir noch vor weiten Gebieten neuer gesellschaftlicher Fürsorge. In den Vordergrund ist heute die Arbeitslosenversicherung getreten. Um sie muß mit aller Energie gekämpft werden, damit der Arbeitslose zum mindesten nicht ins Elend stürzt. Die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung besteht aber nicht nur darin, daß der Arbeitslose eine Rente bekommt, sie besteht vor allem in der Rückwirkung, die sie notwendig sein muß. Die Kranken- und Unfallversicherung hat uns zu ganz neuer sozialer Hygiene getrieben, um den Versicherungsfällen vorzubeugen. So muß eine Arbeitslosenversicherung notwendig zu der bestorganisierten Arbeit führen, um die Versorgungsfälle nach Möglichkeit einzuschränken. Diese soziale Rückwirkung wird sich um so höher und wirksamer gestalten, je mehr sich die Gewerkschaften an der Selbstverwaltung dieser Gesetze beteiligen können.

Als letztes bleibt die Hebung des Arbeiters als Mensch. Die unabhängigen Berufsvereine liegen heute noch im Kampf mit den gelben Wertvereinen. Es ist eine Schicksalsfrage für den Charakter und den Geist unseres Volkes, ob sie siegreich bleiben werden oder nicht, ob der stolze, selbstbewußte Arbeiter oder der egoistische Bückling der Mensch der Masse wird. Das ist der tiefste Sinn im Streite um das Berufsvereinsprinzip. Die Gewerkschaften werden in dem Maße siegreich bleiben, als sie die Qualität der Menschen, die ihnen angehören, heben. Der Gewerkschafter muß der geborene Qualitätsarbeiter sein. Es muß ein wirtschaftlicher Verlust für den Arbeitgeber sein, wenn er Gelbe anstatt Freie einstellt.

Dieser Geist kann der Tarifvertrag allein nicht hervorbringen, er bedarf allseitiger Einwirkung durch die Gewerkschaften, die nicht nur von der höchsten Berufsauffassung getragen, sondern auch von den Idealen der Selbstvollkommenheit des Menschen ergriffen sind. Der Fortschritt der Arbeiter- und Angestelltenbewegung wird unaufhaltbar sein, wenn sich mit diesem Ideal, mit sich immer steigender Innigkeit der Wille verbindet, praktisch mitzuarbeiten am Aufbau aller zu seiner Verwirklichung notwendigen Formen.

In diesem gesellschaftlichen und menschlichen Bildungsprozeß ist der Tarifvertrag nur ein Teil, d. h. immerhin viel — aber nicht alles.

Aus dem Reichstage.

Am 16. Februar und den beiden folgenden Tagen stand die deutsche Justiz vor dem Richterstuhle der Kritik. Die verschiedenen Zweige der Arbeiterbewegung gaben vielfachen Anlaß, Klagen laut werden zu lassen. Als Klassenbewegung sind sie neu; mit den wirklichen Beweggründen, die ihre Träger vor die Schranken des Gerichts rufen, sind die Wähler des Rechts nicht immer übermäßig vertraut; daher Klagen, daß Arbeiter bestraft werden für Dinge, die bei Vertretern der Arbeitgeberbewegung oder bei zum Streit rühenden Ärzten straffrei bleiben. Dann haben sich die Strafen selbst außerordentlich verschärft. Es fällt natürlich auf, daß die Strafverhängung fast genau mit der Zeit zusammenfällt, in welcher die Unternehmerhege gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt hat. Zeitlich fällt damit auch wiederum zusammen eine ungeheure Rücksicht gegen die Arbeitsschlichtigen, die in provokierender Weise beleidigend und tätlich gegen sie kämpfenden Arbeiter vorgegangen sind.

Nicht alle Blüten sind den Scharfmachern geweiht! Dieser Reichstags- und die wenigsten der Scharfmachertäume verwirklichen. Trotzdem scheint es, daß ihrem Begehre schon vielfach willfahren wird. Ihre Fehle hat wohl doch in manchem Gerichtssaal Verstandnis gefunden; schärfere, rassistere Bestrafung ist heute in auffallender Weise zu beobachten. Wir dürfen einen Streikbrecher nur soeben ansehen, so werden wir bestraft. Die Streikbrecher können uns beschimpfen, die Knochen laputt schlagen, den Körper ausschlagen, und sie werden freigesprochen. Das ist die Stimmung der organisierten Arbeiter. Von den sozialdemokratischen Rednern wurde dieser Stimmung denn auch Ausdruck gegeben. Ueber diese Seite der Rechtsprechung und über die erforderlichen Reformen im Justizwesen sprachen die Abgeordneten Cohn und Landsberg. Keine verbreitete sich dann noch über die Bestrebungen, die von verschiedenen Dunkelmännern gemacht werden, eine neue Art Heinge zu bekommen. Durch Beschlagnahme von Reproduktionen der edelsten Kunstwerke tut man sich besonders in Berlin hervor.

Am Dienstag wurden Abstimmungen vorgenommen. Die 46 000 Mark für die Olympischen Spiele wurden natürlich bewilligt. Die sozialdemokratischen Anträge auf Erweiterung des Koalitionsrechts und Sicherstellung sowie gegen den Terrorismus der Unternehmer wurden abgelehnt. Das gleiche Schicksal haben die sozialdemokratischen Anträge auf bessere Regelung des Arbeiterschutzes im Gastwirtsgerwerbe und Erweiterung und Aenderung der Bestimmungen über das Vertrags- und Arbeitsverhältnis in der Binnenschiffahrtslöhre gefunden. Darauf wurden die Verhandlungen über den Justizetat fortgesetzt. Es lag eine umfangreiche Resolution der Nationalliberalen vor, die eine Aenderung in der Rechtspflege anstrebte. Sie geht mehr rückwärts als vorwärts. Sie wurde in den meisten Punkten abgelehnt. Aenderungen wurden beschloffen in bezug auf Behandlung der Geisteskranken. Die Zuständigkeit der Schöffengerichte wird erweitert. Volksschullehrer sollen als Schöffen und Geschworene zugelassen werden. Außerdem wurde ein jechter Reichsanwalt beschloffen.

Dann begann die Beratung des Marineetats. Die bürgerlichen Redner, mit Einschluß des Herrn Erzberger, spendeten der Verwaltung um Lob. Eine Verhinderung mit England wegen der Rüstungen zur See steht noch im weiten Felde. Trotzdem mußte der Referent für den Marineetat von den Erklärungen englischer Politiker Kenntnis geben.

Die Ausgaben für Verwaltung der Marine, zuzüglich der Zentralverwaltung des Schutzgebietes Kiautschau, bejafferten sich auf 221 062 617 Mark. Dann fallen auf den allgemeinen Pensionsfonds 12 125 290 Mark für die Marine und 16 461 Mark Verpflegungsgeldern für Teilnehmer aus der Marine an den Kriegen 1870/71. Dann kommen die einmaligen Ausgaben, einschließlich der Marineabteilung Kiautschau. Ferner bringt der außerordentliche Etat 237 479 550 Mark und noch einmal 29 410 000

* Der Vertrag von Reichsanwalt Dr. Hugo Stuppener, gehalten im Reichstages Arbeiter-Bildungsausschuß (siehe auch „Proletarier“ Nr. 6, 7 und 8).

Markt Marineausgaben. Das ergibt eine Summe von 500 094 118 M. Die Summe vergrößert sich von Jahr zu Jahr.

An der Steigerung der Ausgaben der grenzenlosen Rüstungen, dem Straf- und Behandlungsweisen der Marineangehörigen ist die Sozialdemokrat Kritik. Zu den Verhältnissen der Arbeiter auf den Marineverwerften sprach Abgeordneter und Brandes. Voghter befaßte sich mit den Einwendungen des Staatssekretärs Lippich und der bürgerlichen Redner. Am Sonnabend wurden die Verhandlungen bis Mittwoch, den 25. Februar, vertagt.

Die Treulosen.

(Etwas über die Fluktuation der Mitglieder.)

II.

Wenn wir die Gründe der aus der Organisation austretenden Kollegen betrachten, so müssen wir sie in zwei Gruppen sondern. Die erste Gruppe das sind die, deren Austritt wir nicht verhindern können, weil der Grund hierzu in wirtschaftlichen Verhältnissen liegt. Die zweite Gruppe, die eigentlichen Treulosen, geben bei ihrem Austritt sehr viele Gründe an, aber keinen einzigen stichhaltigen. Der wirkliche und wahre Grund ist bei diesen immer der Indifferentismus.

Von den 1210 ausgestretenen resp. gestrichenen Mitgliedern, die wir im ersten Artikel behandelten, traten aus folgenden Gründen aus der Organisation aus:

1. Gruppe:

- 62 Mitglieder nahmen Arbeit in Staatsbetrieben,
 - 40 Mitglieder nahmen Arbeit in der Landwirtschaft,
 - 57 Mitglieder (Mädchen) gingen in Stellung,
 - 41 Mitglieder (Mädchen) haben sich verheiratet und gingen nicht mehr in Arbeit,
 - 65 Mitglieder (Frauen) haben die Fabrikarbeit aufgegeben,
 - 15 Mitglieder (Frauen) sind nur noch in der Heimindustrie tätig,
 - 36 Mitglieder sind zu alt resp. invalide (Rentner).
- 316 Austritte oder zirka 26 Prozent der Gesamtaustritte erfolgten aus Gründen, die wir unter Berücksichtigung der Verhältnisse anerkennen müssen. Treulos kann man diese gewesenen Mitglieder gerade nicht nennen.

2. Gruppe:

- 274 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen,
- 38 Mitglieder, weil ihnen die Unterstützung zu gering ist,
- 125 Mitglieder, weil es für sie angeblich keinen Zweck hat,
- 28 Mitglieder, weil in ihrem Betrieb doch nichts zu machen ist,
- 76 Mitglieder haben kein Geld für den Beitrag übrig,
- 22 Mitglieder haben zuviel Kinder, da langt es nicht,
- 32 Mitglieder bezahlen nicht, weil sie lange arbeitslos waren,
- 26 Mitglieder, weil der Beitrag zu hoch ist,
- 9 Mitglieder wollen sich das Geld sparen,
- 34 Mitglieder, weil der Unternehmer es nicht leidet,
- 12 Mitglieder mußten zu den Gelben übertreten,
- 10 Mitglieder, weil andre auch austreten,
- 11 Mitglieder, weil doch nicht alle dabei sind,
- 11 Mitglieder, weil die Lohnbewegung wenig Erfolg hatte,
- 9 Mitglieder wegen Uneinigkeit mit den Kollegen,
- 18 Mitglieder, weil die Frau immer schimpft,
- 13 Mitglieder wollen die Beamten nicht fett machen,
- 18 Mitglieder wegen Erhebung eines Sozialzuschlags,
- 52 Mitglieder verzogen, neue Wohnung unbekannt,
- 18 Mitglieder kaufen sich lieber Schnaps (notorische Trinker),
- 29 Mitglieder wegen Verbandsabstimmung ausgeschlossen,
- 6 Mitglieder wegen ehrlöser Handlung ausgeschlossen,
- 23 Mitglieder aus sonstigen Gründen.

Unter den sonstigen Gründen befindet sich eine Anzahl ganz origineller Art. Ein Kollege trat aus, weil er beim Vergnügen als Musikus nicht mitwirken durfte; eine, weil keine Weihnachtsbescherung veranstaltet worden ist; zwei Kollegen, weil wegen ihren Wunsch eine Lohnbewegung gemacht wurde. (Wertwürdige Käuze!) Drei Kollegen kehrten uns den Rücken, weil sie zu Nachtmächtern befördert wurden. Zwei Frauen mußten aus dem Verbande heraus, weil ihre Männer es verlangten. Zwei Kollegen, Stubennachbarn, traten aus, weil ihre besseren Ehehälften sich nicht vertragen konnten, wodurch auch die beiden Kollegen miteinander in Streit gerieten. Sie wollten daher in der Organisation nicht zusammen sein und verschwanden beide in der Masse der Denksaulen. Schwer geschädigt wollten zwei Kollegen durch die Organisation sein, und traten deswegen aus. Vorher bezogen aber beide ganz erhebliche Summen Streik- resp. Gemeindefestunterstützung. (Charakterstärke scheint deren schwache Seite zu sein.) Einige wollten sich lieber für das Geld Ruchen oder Wurf kaufen, und wieder andre glaubten durch ein längeres Verweilen in der Organisation sich den Himmel zu verschmerzen oder beim Kriegerverein in Ungnade zu fallen usw.

Abgesehen von denen, die ausgeschlossen wurden oder die als notorische Trinker gelten, müßte bei allen andern versucht werden, sie der Organisation zu erhalten, denn all die vorgebrachten Gründe sind nur Scheingründe. An der Spitze unsrer Zusammenstellung rangieren diejenigen, die wegen Beitragsrückständen gestrichen worden sind. Die Jungorganisierten sind eben an das Beitragszahlen nicht gewöhnt. Sie sind durch irgendeinen Zufall — nicht aus Ueberzeugung — zu uns gekommen, haben sich in einer Versammlung, bei der Hausagitation oder auch im Betriebe von einer Augenblicksstimmung leiten und zum Eintritt in die Organisation überreden lassen. Ueberzeugt sollten sie erst noch werden. Da sie aber einige Male hintereinander ihren Beitrag nicht entrichteten, ist der Hilfskassierer ärgerlich geworden und hat sie nicht wieder besucht. Sie waren also nach einer kurzen Mitgliedschaft wieder für uns verloren.

Eine Widerlegung der oben angeführten Austrittsgründe wollen wir an dieser Stelle nicht vornehmen, denn das sind ja dieselben Ausreden, die wir täglich von den Unorganisierten zu hören bekommen, wenn sie ihr Fernbleiben von der Organisation entschuldigen wollen. Unfre Auffassung, daß Aufklärung und immer wieder Aufklärung den Jungorganisierten dringend notwendig ist, wird durch die vorgebrachten Gründe in ihrer Mannigfaltigkeit nur bestärkt. Doch wie soll man an die Neugewonnenen herantreten, um sie aufzuklären? In die Mitgliederversammlungen kommen gewöhnlich nur die älteren Mitglieder, die am inneren Verbandsleben ein Interesse haben. Zur Abhaltung von Vorträgen in Betriebsversammlungen über die Gewerkschaftsbewegung fehlen uns aber die nötigen Kräfte. Sehr oft sind Betriebsversammlungen überhaupt nicht möglich, besonders da, wo

die Zahl der Organisierten noch gering ist. In Zeiten wirtschaftlicher Krise ist es an und für sich eine heikle Sache, Betriebsversammlungen abzuhalten, weil der Unternehmer bei solchen Anlässen immer etwas Unangenehmes für sich wittert und zu Gegenmaßnahmen schreitet.

Man könnte allenfalls die Jungorganisierten zu Mitgliederversammlungen mit belehrenden Vorträgen besonders einladen, entweder per Post, wobei schriftlich auf die Wichtigkeit des Vortrags und die Notwendigkeit des Erscheinens aufmerksam zu machen wäre, oder ältere und erfahrene Kollegen sollten die Einladung persönlich besorgen, und dabei durch ihren Erfahrungsschatz auf die Neugewonnenen einwirken. Noch besser wäre es aber, wenn die Jungorganisierten von älteren Mitgliedern zur Versammlung selbst abgeholt würden. Diese Art der Einladungen erfordert allerdings ziemlich Arbeit durch die Ortsverwaltung, die aber im Interesse der Organisation gemacht werden müßte.

Die Hauptsache bei der Eindämmung der Mitgliederfluktuation ist und bleibt aber die Einrichtung der Mahnkommissionen. Darüber ist ja auch an dieser Stelle schon sehr oft geschrieben worden. Eine große Anzahl von Zahlstellen hat auch diese Einrichtung muttergütig durchgeführt, aber eine große Zahl anderer ist nicht dazu zu bewegen. Es gibt auch eine ganze Reihe von Zahlstellen, deren Mahnkommissionen im verborgenen blühen, sich also in keiner Weise betätigen. Laut unsrer obigen Zusammenstellung sind ungefähr zwei Drittel der Ausgeschiedenen wegen Mangels an Kenntnis der gewerkschaftlichen Ziele und Zwecke der Organisation untreu geworden. Auf eine Zahlstelle mit 1000 Mitgliedern kämen ungefähr 150 Kollegen, die innerhalb eines Jahres zu besuchen wären. Diese Arbeit ist so leicht und so gering, daß sie von jeder Zahlstelle ohne weiteres gemacht werden kann. Etwas organisatorisches Talent und ein bißchen Eifer genügen, um die Sache zur Durchführung zu bringen. Ob jemand sagt, daß ihm der Beitrag zu hoch oder die Unterstützung zu gering ist, ob er die beliebte Ausrede macht, daß es für ihn keinen Zweck hat, oder daß es in seinem Betriebe doch nicht anders werden wird, ob er sich auf die andern beruft, die nicht beitreten, oder ob er seine böhere Ehehälfte als Hindernis seiner weiteren Organisationszugehörigkeit vorschreibt, kurz, auf alle die Ausreden einzugehen und sie zu widerlegen, müßte für jeden halbwegs in Gewerkschaftsfragen bewanderten Kollegen ein leichtes sein.

Beachtet muß aber werden, daß eine Mahnkommission nur dann eine erfolgreiche Tätigkeit ausüben kann, wenn die Hilfskassierer entsprechend instruiert sind. Meldet ein Hilfskassierer erst dann den Austritt eines Mitglieds, wenn dieses schon wochenlang mit den Beiträgen im Rückstand ist, so wird es der Mahnkommission nur schwer gelingen, das Mitglied zu erhalten. Gerade bei Jungorganisierten muß darauf geachtet werden, daß sie nach zwei- oder dreimaligem Nichtbezahlen gleich von einem älteren Kollegen besucht werden. Auch die verhältnismäßig große Zahl der Kollegen, die nach einem Wohnungswechsel innerhalb der Zahlstelle uns dadurch verloren gehen, daß ihre neue Wohnung unbekannt bleibt, scheint auf einen Mißstand zu deuten. Ein Hilfskassierer muß nicht nur die Wohnung, sondern auch die Arbeitsstelle seiner Mitglieder kennen. Kennt er die Arbeitsstelle, so ist bei einem Wohnungswechsel ohne weiteres die neue Wohnung zu ermitteln. Auf alle Fälle muß aber das System beseitigt werden — wie es in manchen Zahlstellen noch besteht —, daß die Hilfskassierer erst am Quartalschluß melden, wer verzogen ist, wer austrat usw. Also mehr Beweglichkeit und Pünktlichkeit im inneren Organismus muß Platz greifen.

Ziemlich groß ist auch die Zahl der Kollegen, die angeben, den Beitrag nicht mehr bezahlen zu können, weil sie lange arbeitslos waren oder sich aus andern Gründen in Not befänden. Es scheint uns, daß diese Mitglieder den § 13 unsres Statuts nicht beachtet haben und auch von andrer Seite darauf nicht aufmerksam gemacht worden sind. Der § 13 sagt, daß arbeitslose oder frame Mitglieder, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, von der Beitragspflicht bis zu drei Monaten entbunden sind. In besonderen Fällen kann sogar auf Antrag des Mitglieds vom Vorstand eine Beitragsbefreiung von sechs Monaten gewährt werden. Auch Mitgliedern, die durch Unglücksfälle in Not geraten sind, kann auf ihren Antrag eine Stundung der Beiträge bis zu drei Monaten bewilligt werden. Seitens der Hilfskassierer und der Mahnkommissionen müßte in dieser Beziehung das Statut mehr beachtet werden, damit die Kollegen, die durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Unglücksfälle eine Zeitlang den Beitrag nicht entrichten können, der Organisation nicht verloren gehen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf den sehr instruktiven Artikel aufmerksam machen, der unter der Ueberschrift „Winterarbeit“ in der Nummer 49 des „Proletariats“ vom 6. Dezember 1913 erschien. Dieser Artikel mußte in der Agitationsmappe des 1. Bevollmächtigten einen Platz bekommen und Gegenstand einer Beratung in Ortsverwaltungs- und Vertrauensmänneritzungen bilden. Der Verfasser des genannten Artikels — wohl unser Redakteur selbst — will den Mahn- und Agitationskommissionen eine neue Aufgabe zuweisen. Jedes neugewonnene Mitglied soll von den älteren Kollegen persönlich besucht und dadurch für den Verband mehr interessiert werden. „Diese Aufgabe an sich ist leicht“, schreibt der Verfasser. Nun, sie ist zwar nicht undurchführbar, aber so leicht ist sie gerade auch nicht. Wollte man die Jungorganisierten mehrfach besuchen — und mit einem Besuch ist der gewollte Zweck nicht erreicht —, so müßte schon ein ziemlicher Stab von älteren Kollegen dieser Sache dienen. Viel gewonnen wäre aber schon, wenn dieser Gedanke auch nur zum Teil ausgeführt würde, wenn wenigstens alle die neugewonnenen Mitglieder persönlich öfters besucht würden, die in Betrieben arbeiten, wo noch wenig Organisierte vorhanden sind oder die in abgelegenen Orten wohnen und somit keine Verbindung mit der Organisation haben. Der Vorteil dabei wäre nicht nur, daß wir die besuchten Mitglieder festigen und für die Organisation interessieren, sondern man würde dabei die Verhältnisse auf dem Lande und die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den betreffenden Betrieben kennen lernen, was uns in der Agitation wieder zugute käme. Auch Adressen von Unorganisierten würde man dabei erfahren und könnte dann mit der Hausagitation einsetzen.

Wird in allen Zahlstellen in dem ange deuteten Sinne gearbeitet, so werden uns alle Anstrengungen der Scharfmacher nicht hindern können, auf der siegreichen Bahn weiterzuschreiten. H. K.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Streiks und Aussperrungen bestehen in Breslau (Waggonfabrik); Leipzig (Postkarten-Gelatineranstalt S. Gaußmann); Wien (Chemische Fabrik „Union“); Offenbach a. M. (Zellulosewarenfabrik Kohl u. Wengenroth); Mügenwalde bei Kößlin; Schornborn i. Württ. (Knopffabrik F. Käbner).

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

— Breslau. Die gesamte Arbeiterkraft der Binte-Popmann-Werke, Lokomotiv- und Waggonbauanstalt in Breslau, ist ausgedient, weil sie sich exorbitant hohe Lohnsätze nicht gefallen lassen wollte. Von der Aussperrung sind zirka 5000 Arbeiter betroffen. Der Betrieb ist gesperrt, Zugang somit fernzuhalten.

— Köln. Erfolgreicher Abwehrstreik. Die Arbeiter des Kölner Steinwerkes von Jäger u. Fröhlinghaus hatten am Sonnabend, dem 7. Februar, wegen Maßregelung zweier Vertrauensleute die Arbeit niedergelegt. Die Firma versuchte Streikbrecher zu bekommen; aber alle Versuche schlugen fehl. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit der Organisationsleitung und dem Arbeiterausschuß wurden die beiden Vertrauensleute wieder eingestellt. Auch wurde seitens der Firma zugesagt, alle weiteren Wünsche der Arbeiterschaft in familiärer Hinsicht zu erfüllen. Der Erfolg dieser Bewegung ist nur der guten Organisation im Betriebe zuzuschreiben. Den jetzt unorganisierten Arbeiterinnen rufen wir aber zu: Organisiert euch, damit auch ihr euch ebenbürtig an die Seite eurer Arbeitsbrüder stellen könnt! Einem in den Fabrikarbeiterverband!

Korrespondenzen.

Darmstadt. Viele Klagen gehen uns von der Arbeiterschaft der Firma Röhm u. Haas zu. So wird berichtet, daß der Speiseraum nur noch des Einlegens einiger Bündel Stroh bedarf, um einen Schweinestall zu gleichen. Vor allem ist er viel zu klein, um auch nur die Hälfte der Arbeiter aufzunehmen, so daß eine Anzahl Arbeiter im stinkenden Betriebsraum ihre Mahlzeit einzunehmen gezwungen ist. Von Reinlichkeit und Lüftung wollen wir lieber gar nicht sprechen. Zwei Moore ohne Filter für 50 Arbeiter sind gleichzeitig mit dem Wäschraum, in welchem sich für ein halbes Dutzend Arbeiter vier Wäschschüssel befinden, untergebracht. Die Behandlung der Arbeiter und die Antreiber ist eine solche, wie sie selten in einem hiesigen Betriebe anzutreffen ist. Mit der Uhr in der Hand und mit den Worten: „Auf, auf! stehen die Antreiber beständig hinter den Arbeitern, und es hat den Anschein, als ob die Firma das Taylorsystem einführen wollte.

Die Schußvorrichtungen und Ventilationen sind sehr mangelhaft. Im Betriebe I ist zwar ein Ventilator aufgestellt, aber, wie die Betriebsleiter selbst sagen, einer, der nicht läuft. Die Schußvorrichtungen an den Trockenapparaten sind zerlegt, so daß man sich wundern muß, daß nicht schon Arbeiter die Knochen zertrümmert wurden. Für die Gewerbeinspektion gibt es in diesem Betriebe eine legensreiche Arbeit. Um diese Zustände etwas zu bessern, hat die Arbeiterschaft sich mehr und mehr unserm Verbande angeschlossen. Die Firma unternahm deshalb auf neue den im Vorjahre fehlgeschlagenen Versuch, einen gelben Wertverein zu gründen. Als unsre Zahlstelle für Dienstag, 17. Februar, eine Betriebsversammlung einberufen hatte, ließ die Firma ein Schriftstück folgenden Inhalts an ihre Arbeiterschaft verteilen:

„An die Arbeiter meines Betriebes.“

Es war voraussehen, daß der Fabrikarbeiterverband gegen die Gründung eines Wertvereins bei uns Stellung nehmen würde, und er hat das getan, indem er zu einer Versammlung auf heute abend einlad und dabei mit ziemlich drastischen Worten auf die Gefahr hinwies, die der Wertverein für die Arbeiter bringen werde.

Ich möchte demgegenüber doch kurz noch folgendes anführen, was zum Teil auch schon gestern abend von mir mit andern Worten gesagt wurde:

Die sozialdemokratische Bewegung war die natürliche Reaktion auf das zweifellos früher nicht ganz richtige Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Arbeitgeber hat früher nicht immer dem Arbeitnehmer das gegeben, was recht und billig ist. Die Arbeitgeber haben das aber im Laufe der Jahre eingesehen, und der Arbeiter geht es heute viel besser als früher, und ich hoffe, er wird auch auf dem heutigen Stande nicht stehen bleiben. Es ist nun für jeden Einsichtigen ganz klar, daß beide Teile am meisten kommen, wenn sie sich gegenseitig nicht in Kampfesstellung gegenüberstellen, sondern Mittel und Wege suchen, etwaige Gegensätze auf gütlichem Wege auszugleichen. Wenn beide Teile zu dieser Einsicht gekommen sind, dann können beide Teile abräumen, das heißt, die Arbeitgeber brauchen kein Geld für Versicherung gegen Streiks usw. auszugeben, und die Arbeitnehmer brauchen kein Geld für Streiks anzufammeln, das sie zum größten Teile nur für Leute, die sie mit Haut und Haar nicht ansprechen. Mit andern Worten, das Geld bleibt beiden Teilen in der Tasche und kann für bessere Zwecke verwendet werden. Das ist eine ganz einfache Rechnung, die jeder anstellen kann.

Man kann deshalb ganz ruhig den Satz aussprechen, daß die Methode des Fabrikarbeiterverbandes, die Lage des Arbeiters zu verbessern, veraltet ist und nicht mehr in die weiterentwickelten Zeitverhältnisse hineinpaßt. Der Wertverein ist die höher entwickelte Arbeiterorganisation und wird deshalb mehr erreichen, ebenso wie man mit einer modernen Dampfmaschine mehr erreicht, als mit einer solchen, die 30 Jahre alt ist.

Die Worte der heutigen Einladung des Fabrikarbeiterverbandes, die moderne Ausbeutung des Proletariats lasse bei meiner Firma heute schon nichts mehr zu wünschen übrig, passen auf meine Firma nicht, was wohl die Arbeiter selbst wissen werden, und ebenso wenig passen die Worte von der willenlosen-Sklaverei und von der geistigen Knechtschaft. Solche Worte sind alte abgedroschene Redensarten, die von den Berufsagitatoren bekanntlich angewandt worden, wenn ihnen die sachlichen Gründe ausgehen. Worin sollte denn die Sklaverei und Knechtschaft der Mitglieder des Wertvereins bestehen? Sie haben die Vorteile des Vereins, der billiger ist als die Gewerkschaften, und wenn es ihnen im Verein nicht mehr gefällt, können sie austreten. Im übrigen tun die Arbeiter ihre Arbeit in der Fabrik, ob sie Gewerkschaftler oder Wertvereiner sind.

Ich begrüße den Wertverein auch deshalb, weil er mir Gelegenheit gibt, meinen Mitarbeitern auch menschlich näher zu kommen, und ich werde diese Gelegenheit benutzen.

Darmstadt, den 17. Februar 1914.

Röhm.“

Wo erst seitdem die freien Gewerkschaften da sind, gibt die Firma den Arbeitern angeblich, „was recht und billig ist“. Ein hübsches Eingeständnis, das sich die Arbeiterschaft merken soll.

Daß den Unternehmern bei einer gelb gewordenen Arbeiterschaft das Geld in der Tasche bleibt, glauben und wissen wir. Den Arbeitern wird gar nicht erst zu viel hineinkommen, denn wofür gäbe denn die Firma ihrem Wertverein 1000 Mark, wenn sich dabei nicht ein Geschäft machen ließe?

Wenn Herr Röhm seinen Arbeitern den Spatz erzählt, die Methoden des Fabrikarbeiterverbandes seien veraltet, so ist es seine Methode noch viel mehr, denn die Sklaverei hatten vor bekanntlich vor der persönlichen Freiheit. Daß übrigens Herr Röhm seinen Arbeitern Mitarbeitern sagt er jetzt erst „menschlich näher kommt“, wo er nun seinen Geldbeutel fürchtet, ist auch ein recht originelles Geständnis.

Der gelbe Interessenvertreter, Herr Hilbig aus Mannheim, hatte es unternommen, die Arbeiter des Herrn Röhm einzulassen. Herr Röhm ist Ehrenmitglied geworden — aus eigenem Recht. — Hoffentlich gibt er keine Veranlassung, daß ihn seine Kameraden Arbeiter eines Tages ausschließen und das Kasernenvermögen unter sich verteilen. Nur abwarten, es rächt sich schon.

— Speyer. Jahresbericht. Unfre Zahlstelle hat sich im verfloßenen Jahre, trotz der nach der Verschmelzung auftretenden Unstimmigkeiten, gut entwickelt. Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen konnte manches getan werden. Es wurden 14 Lohnbewegungen geführt, hiervon zwei erfolglos. An den Lohnbewegungen waren 819 Kollegen beteiligt. Drei wurde für die Beteiligten pro Woche insgesamt eine Arbeitszeitverlängerung von 43 Stunden und eine Lohnerhöhung von 928 M. Im Laufe des Jahres fanden statt 26 Verwaltungssitzungen, 51 Mitgliederversammlungen, 21 Vertrauensmänneritzungen und 66 Betriebsversammlungen. In fast allen Versammlungen wurden belehrende Referate gehalten. Außer obigen Versammlungen und Sitzungen nahm der

Geschäftsführer an 24 andern Versammlungen teil. Hausagitationen wurden mit Unterbrechungen das ganze Frühjahr unternommen, welche circa 100 Aufnahmen brachten. Die Jahreseinnahme und Ausgabe...

Winnig. Jahresbericht. In der gut besuchten Jahres-Kreislerkonferenz, die im Lokale Arbeiterheim tagte, erläuterte Geschäftsführer Doy die Abrechnung vom 4. Quartal 1913, und der Vorsitzende, Kollege Winkler, den Jahresbericht. Obwohl die Arbeitslosigkeit groß war, konnte der Mitgliederbestand gehalten werden.

München. (Jahresbericht.) Am Dienstag, dem 10. Februar, tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses unsere Jahres-Generalversammlung.

An Stelle des Kollegen Hämmerl, der wegen Krankheit beurlaubt ist, erläuterte Kollege Knör den Jahresbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß trotz der schlechten Konjunktur 17 Lohnbewegungen zur Zufriedenheit der beteiligten Mitglieder erledigt werden konnten.

Bei der Renwahl des Aufsichtsausschusses wurde an Stelle des erkrankten Kollegen Hämmerl Kollege Knör als Vorsitzender gewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Kramer Simon bestimmt.

Bei der Renwahl des Aufsichtsausschusses wurde an Stelle des erkrankten Kollegen Hämmerl Kollege Knör als Vorsitzender gewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Kramer Simon bestimmt.

Zur Auszahlung arbeitsloser und ausgeperrter Mitglieder wurden zu den in der vorhergehenden Generalversammlung bewilligten und bereits ausbezahlten 5000 Mk. noch 2000 Mk. genehmigt.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Kollege Knör mit einem mit Begeisterung aufgenommenen Hauch auf den Fabrikarbeiterverband die gütliche Versammlung.

Frankfurt. Eine von uns in letzter Zeit einberufene Versammlung für die Arbeiter des Reichsbankens Petrolenmagazins war nicht so besetzt, wie es hätte sein können. Das kommt anderswo auch vor, passiert aber auch andern Gewerkschaften.

Als im Jahre 1913 der freie Fabrikarbeiterverband seinen 10. Jahrestag feierte, wurde die deutsche Arbeiterbewegung durch den Reichsbankens Petrolenmagazin sehr gefördert.

Der Reichsbankens Petrolenmagazin sehr Herr Stöbe, der unsere Mitglieder nicht mehr ganz unbekannt ist, als Direktor vor. In diesem Betriebe werden Organisationsarbeiten nicht getrieben.

Der Reichsbankens Petrolenmagazin sehr Herr Stöbe, der unsere Mitglieder nicht mehr ganz unbekannt ist, als Direktor vor. In diesem Betriebe werden Organisationsarbeiten nicht getrieben.

gefehlt! Vor und nach Weihnachten schon wurden ab und zu von Arbeiterinnen Nachschichten gemacht. Am letzten Sonnabend beschäftigte man sogar eine Frau (Anna R. aus Rehmendorf) von Sonnabend früh 6 Uhr bis Sonntag früh 6 Uhr, also - eingerechnet der Pausen - volle 24 Stunden im Betriebe.

Gegnerische Gewerkschaften.

Ein neuer Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften.

Am 13. Februar tagte in Köln eine Bischofskonferenz, die im Hinblick auf den Gewerkschaftsstreit zwischen der Berliner und der Münchener Gewerkschaften die Grundzüge für die Haltung der Mitglieder der katholischen Arbeitervereine und der katholischen Arbeiter überhaupt in Erinnerung bringt.

„Auf dem Grundsatze der katholischen Kirche fußend, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittlich-religiöse Frage war, ist und bleibt, wird betont, daß auch bei Angelegenheiten, die als „rein wirtschaftliche“ bezeichnet werden und oft die sittlichen Pflichten mit berühren, sittlich-religiöse Interessen häufig sehr in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Die Kundgebung geht dann auf die päpstliche Enzyklika Singulari quadam vom 24. September 1912 ein und sagt unter anderem:

„Wo die katholischen Arbeitervereine, die zugleich den gewerkschaftlichen Interessen der arbeitenden Klasse dienen, mit dem zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen genügenden Erfolge eingeführt sind oder friedlich eingeführt werden können, wäre es in keiner Weise zu billigen, daß katholische Arbeiter sich den interkonfessionellen Gewerkschaften anschließen.“

Die bischöfliche Kundgebung betont also aufs neue, daß die christlichen Gewerkschaften nicht selbstherrlich über wirtschaftliche Angelegenheiten entscheiden dürfen, und daß die Duldung von Katholiken in christlichen Gewerkschaften nur unter bestimmten Voraussetzungen geschehen könne.

Polizei und Gerichte.

§ Der Sonneberger „Aufruhr“ vor der Koburger Strafkammer.

Bereits im vorigen Herbst hat das Schörrgericht in Meiningen mehrere Arbeiter, die am Streit in der Spielwarenindustrie beteiligt waren, wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu insgesamt 7 Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 16. und 17. Februar standen abermals 19 Arbeiter wegen einfachen Landfriedensbruchs vor der Koburger Strafkammer. Unter den 19 Zeugen waren nicht weniger als 9 Schulpflichtige, deren Aussagen bekanntlich schwer wiegen. Die Aussagen der Belastungszeugen waren nicht gerade sehr überzeugend, so daß selbst der Staatsanwaltschaftsvertreter gegenüber dem Arbeitswilligen Leuthäuser bemerkte, „er habe zwar mehr gefagt als er verantworten könne, trotzdem sei seinen Angaben zu glauben.“

Es ist nach solchen Urteilen wirklich nicht nötig, nach verstärktem Schutz Arbeitswilliger zu schreien.

Bilanz der Abrechnung vom 3. Quartal 1913.

Table with 2 columns: Item description and Amount in Marks. Includes sections for 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe'.

Table with 2 columns: Item description and Amount in Marks. Continues the 'Gesamt-Ausgabe' section from the previous table.

Table listing expenses for 'Für Druck des Proletariers', 'Für Verlag des Proletariers', 'Für „Geleit“', etc., with amounts in Marks.

Table for 'Bilanz' showing 'Gesamteinnahme' and 'Gesamtausgabe'.

bleibt Kassenbestand 3 535 285,15 Mk. Hannover, den 28. Januar 1914.

Heinr. Bach, 2. Vorsitzender. Fritz Bruns, Kassierer. A. Müller, W. Beermann, C. Bauer, Revisoren.

Verbandsnachrichten.

Statistik. - Graue Karten.

Für Monat Februar sind die grauen Karten bis zum 4. März einzufenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 28. Februar.

Vom 17. Februar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

W. N. 8.-, M. 1.10. Großhacht 800.-, Meisa 400.-, Grünberg i. Schl. 100.-, Sulgau 2,55, Tangermünde 2,20, Eßlingen 300.-, Großsch. 170.-, Uebel 9.-, Stahfurt 6.-, Glade 2.-, Teichenhorst 1000.-, Singen 460.-, Weiskens 117,51, M. 1.10, Hameln 150.-, Bremen 1000.-, Aue i. Erzg. 300.-, Hütten a. W. 101,55, Weisich 10,15, S. R. -50, Kupperstieg 350.-, Vorby 200.-, Alfeld a. L. 150.-, Straubing -90.

In Versicherungsbeiträgen gingen ein: Grund a. L. 2,50, Langensalza 1,95, Walen 1,05, Eckardts-hausen 9,65, Möllendorf -30, Reichenau 1,55, Michendorf -35.

Schlus: Montag, den 23. Februar mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen: Helmstedt. 10 Pf. pro Mitglied und Woche. Rabeberg. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verschmolzen

haben sich die Zahlstellen: Oberhofen und Woschendorf. Die gemeinschaftliche Zahlstelle heißt jetzt: Hof i. Bayern. Reustadt b. Koburg mit Sonneberg.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen: Weimar. Alfred Vent, Buch-Nr. 393 704. Reustadt b. Koburg. Christian Schmidt, Buch-Nr. 484 752.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in. Lists lost membership cards and books.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Wagen. Joseph Winkens, Adalbertsteinweg 166. Friedrichstadt. Unterführung bei Magnus Rohde, Weiermarkstraße 1. Greifswald. Friedrich Buchien, Wallstr. 22. Friedrich Anders, Gertrudenstr. 19. Hof i. Bayern. Bevollmächtigter Hans Hornfischer, Oberhofen, Konradstr. 1. Geschäftsführer Johann Köppel, Bureau: Hof, Lorenzstr. 23, 2. Et. Reise-Unterführung von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr. Hütten a. W. W. Hoier, Salome 101. Jüchpe. Bevollmächtigter Heinrich Wilhelm, Friedrichstraße 35, 1. Et. Langensalza. Louis Marshall, Marktstr. 17. Möllendorf. Emil Kappe, Siegestraße. Reichenburg o. d. L. Michael Kirchbörfer, Nr. 330. Stendal. Willi Gölzner, Wagerburg b. Stendal, Stendaler Straße 33. Wittenberg-Görsdorf. Thomas Schmalzbauer bei Schußmagermeister Schieber.

Chemische Industrie

Das Elend der Zündholzarbeiter.

II.

Die Ermittlungen über die Arbeiterverhältnisse bilden den wunden Punkt in den meisten sozialwissenschaftlichen Monographien. Selbst die Unternehmer, die über die kaufmännischen und technischen Angelegenheiten bereitwillig Auskunft geben, versagen meist, sobald sie über die Arbeitsbedingungen befragt werden. Mit hundert Gründen drücken sie sich um die Antworten. Die Arbeiter selbst zu befragen, ist für die Verfasser solcher Werke fast immer unmöglich. Dazu fehlt ihnen vor allem die direkte Verbindung mit den Arbeitern. Einige haben sich deshalb damit begnügt, die Arbeitsverhältnisse ganz kurz zu behandeln, vielleicht auf Grund einiger Angaben der Unternehmer, der Lohnangaben der Berufsvereinigungen usw. Andre haben versucht, mit Hilfe der Gewerkschaften an die Arbeiter heranzukommen. Den zuletzt genannten Weg hat auch Dr. Jörn eingeschlagen. Er hat durch Vermittlung des Verbandes der Fabrikarbeiter eine tausend Fragebogen an die Zündholzarbeiter herausgegeben. Leider sind davon nur 600 ausgefüllt zurückgekommen. An dieser unbefriedigenden Beteiligung der Arbeiter sind die Fabrikanten mitschuldig, die zum guten Teil die Arbeiter durch Anschlag von Karten, die Fragebogen zu beantworten. Trotzdem ist noch ein beachtenswertes Material zur Beurteilung der Lage der Arbeiter zusammengekommen. Bevor wir darauf eingehen, seien einige Zahlen über Zahl und Verteilung der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter mitgeteilt. Nach den auf Grund des Zündwarensteuergesetzes angefertigten Ermittlungen waren am 1. April 1912 76 Fabriken mit 3935 beschäftigten Personen im Betrieb. Das sind zwei Betriebe mehr, aber 913 beschäftigte Personen weniger als zwei Jahre früher. Wie sich diese Betriebe auf die einzelnen Steuerbezirke verteilen, zeigt folgende Tabelle:

Direktiv-Bezirk	1. Oktober 1909 bis 31. März 1910		1. April 1910 bis 31. März 1911		1. April 1911 bis 31. März 1912	
	Zahl d. durchschn. bech. Personen	Zahl d. durchschn. bech. Personen	Zahl d. durchschn. bech. Personen	Zahl d. durchschn. bech. Personen	Zahl d. durchschn. bech. Personen	Zahl d. durchschn. bech. Personen
Ost- u. Westpreußen	3	57	3	53	3	52
Brandenburg und Pommern	6	360	6	295	5	268
Sachsen	9	267	9	231	9	209
Sachsen	5	22	5	34	5	36
Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen	7	303	7	214	7	239
Hessen-Nassau und Rheinprovinz	6	197	5	143	5	147
Preußen	36	1206	35	970	34	951
Bayern	11	384	11	292	13	275
Sachsen	4	108	4	102	4	73
Württemberg und Baden	5	158	5	155	6	194
Hessen	7	132	7	91	7	128
Thüringen und Braunschweig	6	76	6	46	6	45
Anhalt, Elsaß-Lothringen u. Luxemburg	5	124	6	90	6	98
Deutsches Zollgebiet	74	2188	74	1746	76	1764
		2660		2180		2171

Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist demnach nicht unerheblich größer als die Zahl der Arbeiter. Aber nicht in allen Landesteilen. In Westfalen sind noch nicht einmal ganz 18 Prozent der Beschäftigten weiblichen Geschlechts, in Ostpreußen dagegen mehr als 70 Prozent. Ebenso schwankt die Zahl und der Prozentsatz der beschäftigten Jugendlichen. Das ist allerdings aus der oben wiedergegebenen Tabelle nicht ersichtlich, wohl aber aus den Ergebnissen der Gewerbezahlung vom Jahre 1907.

Die Arbeitsbedingungen der Zündholzarbeiter sind natürlich ebenso wenig einheitlich wie die in irgendeiner anderen Industrie. Dr. Jörn gibt über die Arbeitszeit zunächst die in der von unserem Verband herausgegebenen Broschüre über die allgemeine Statistik vom Jahre 1907 niedergelegten Angaben wieder. Daran anschließend berichtet er über das Resultat seiner eigenen Erhebungen. Danach stellte sich die durchschnittliche Arbeitszeit für Männer auf 9,7, für Frauen auf 9,4 Stunden. Diese Ermittlungen sind jedoch nach Erlass des Zündwarensteuergesetzes vorgenommen und stellen somit anomale Zustände dar. Nach einer Erhebung der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1912 hatten von 1493 Zündholzarbeiterinnen 866 oder 58 Prozent eine Arbeitszeit von 10 bis 11 Stunden.

Die Arbeitslöhne in der Zündholzindustrie nennt Jörn „äußerst niedrig“. Nach den Ermittlungen unseres Verbandes vom Jahre 1907 betrug der Durchschnittslohn für einen Arbeiter pro Woche 17,89, für eine Arbeiterin 9,93 Mt. Nach den Erhebungen Jörns war dieser ohnehin mehr als schäbige Lohn infolge des Zündwarensteuergesetzes auf 15,84 Mt. für Arbeiter und auf 8,69 Mt. für Arbeiterinnen gesunken. Im einzelnen gibt Jörn folgende Löhne an:

	Männer		Frauen	
	Tageslohn Mark	Wochenlohn Mark	Tageslohn Mark	Wochenlohn Mark
Königsberg (Ostpreußen)	3,30	17,50	0,90	5,24
Zanow (Pommern)	2,10	12,04	1,19	6,69
Lauenburg (Schleswig)	2,90	17,40	1,74	10,41
Biffelhövede (Hannover)	2,84	17,50	1,01	5,21
Balkum (Hannover)	2,32	14,56	1,77	10,42
Men (Prov. Sachsen)	3,57	20,44	—	—
Schmiedeburg (Pr. Sachsen)	3,00	17,00	2,00	12,00
Kassel (Hessen-Nassau)	2,94	16,67	1,99	11,31
Hildorf (Rheinprov.)	3,50	20,33	1,35	8,30
Niesitz (Königr. Sachsen)	3,41	20,20	1,86	10,81
Dittersbach (Schlesien)	2,36	14,20	1,40	8,15
Koswig (Anhalt)	2,85	17,45	1,38	8,02
Prignitz-Darnstadt (Hess.)	3,16	19,36	1,26	6,93
Schweningen (Württ.)	3,28	18,62	—	—
Augsburg (Bayern)	—	—	1,77	10,00

Danach stehen Pommern und Schlesien mit den Löhnen für Arbeiter an letzter, die Rheinprovinz und das Königreich Sachsen an erster Stelle.

Nach den einzelnen Berrichtungen gesondert, wird der höchste Wochenlohn — der allerdings auch nur ganze 16,53 Mt. beträgt — bei dem Sägen, Schalen und Abschlagen, der niedrigste — 7,68 Mt. — bei dem Schachtelfüllen erzielt. Der Niefen-durchschnittslohn von 16,50 Mt. die Woche wird übrigens, wie Dr. Jörn mitteilt, nur durch weitgehende Akkordarbeit erzielt. Bei solchen Löhnen ist es selbstverständlich, daß die Lebenshaltung der Arbeiter alles zu wünschen übrig läßt. Jörn gibt einige Beispiele aus seinen persönlichen Erkundigungen, die in ihrer trockenen Kürze das Elend der Zündholzarbeiter recht drastisch zum Ausdruck bringen. Allerdings immer noch nicht in voller Größe; denn Jörn hat nur Einleger, also die besten bezahlten Arbeiter, befragt und nicht in einem entlegenen Ort mit besonders niedrigen Löhnen, sondern in Kassel, wo noch verhältnismäßig gut bezahlt wird. Doch geben wir nunmehr seine Schilderungen wieder:

1. Familie. Der Mann im Alter von 29 Jahren verdient wöchentlich 22 bis 23 Mt. Er ist erst ein halbes Jahr in der Zündholzindustrie beschäftigt und hat während dieser Zeit bei seiner anstrengenden Einlegerarbeit schon 38 Pfund abgenommen. Er ist außerdem nervenleidend und will sobald als möglich wieder aus der Zündholzfabrik. Die Wohnung besitzt drei Zimmer und Küche, wofür 350 Mt. jährlich Miete bezahlt werden müssen. Ein Zimmer davon ist für 6 Mt. pro Woche abvermietet. In den übrigen beiden Zimmern schlafen die Eltern mit ihren fünf Kindern. Sie verfügen über drei Betten. Fleisch gibt es nur am Sonntag, in der Woche werden Hülsenfrüchte gekocht.

2. Familie. Der Mann ist 43 Jahre alt. Sein durchschnittlicher Wochenverdienst beträgt 18 Mt., während er vor der Steuer 29 Mt. verdient hat. Er hat ein Auge eingebüßt. Die Wohnung besteht aus Stube, Kammer und Küche, wofür 156 Mt. jährlich gezahlt werden. Es wohnen darin die Eltern mit drei Kindern. Sie ist sehr ungesund. Die Kammer stößt direkt an das Dach, durch dessen offene Fugen der Wind hereinbläst und im Winter die Kälte dringt. Die ganze Familie ist lungentran. Für die Woche bleiben ihnen nach Abzug der Miete 15 Mt. zum Unterhalt. Deshalb kann es täglich nur Suppe und höchstens einmal Sonntags Fleisch geben.

3. Familie. Der Mann verdient wöchentlich beim Einlegen 20 bis 25 Mt. Vor der Steuer hatte er mehr. Für die Wohnung, die Stube und Küche enthält, bezahlt er 120 Mt. im Jahr. Es wohnen darin Mann, Frau und drei Kinder, und zwar schlafen sie in einem Bett, das in der Küche steht. Diese ist mit allen möglichen widerlichen Gerüchen angefüllt. Die Frau hat früher einmal ein halbes Jahr als Abfüllerin in der Zündholzfabrik gearbeitet bei einem Monatslohn von 18 Mt. pro Woche. Sie mußte diese Tätigkeit aber aufgeben, da sie sich dabei aufrieb. In der Woche gibt es abwechselnd Linsen und Bohnen und höchstens einmal einen Hammelstopf.

4. Familie. Der Mann ist Einleger und verdient dabei 24 bis 25 Mt. in der Woche. Er ist schon sieben Jahre bei dieser Tätigkeit beschäftigt und hat sich dabei einen Herzfehler geholt. Er möchte gern den Beruf wechseln. Die Frau arbeitet in der Zündholzfabrik an der Füllmaschine und verdient 12 Mt. pro Woche. Die Wohnung ist feucht; denn überall an den Wänden sind große nasse Flecke und Schwammbildungen zu erblicken. Sie enthält Kammer und Küche. In der Kammer schlafen Mann, Frau und Kind in einem Bett.

5. Familie. Der Mann verdient zeitweilig im Winter 1910 während 14 Tagen 22 Mark. Jetzt steht er sich wieder auf 20 Mt. pro Woche. Seine Tätigkeit als Einleger wird im Akkordlohn bezahlt, und zwar erhält er für einen Wagen mit 15 Pressen 8 Pf., während der Satz vor der Steuer 10 Pf. betrug. Die Frau arbeitet mit in der Zündholzfabrik an der Füllmaschine. Für Stube, Kammer und Küche werden 120 Mt. jährlich bezahlt. In der Kammer schlafen die Eltern und zwei Kinder. Die Stube, die eine Treppe tiefer liegt, wird für 2,50 Mt. pro Woche abvermietet. Der Mann ist lungentran und stark nervös. Seine Hände zittern, außerdem laßt er, daß er schwer höre. Die Einleger mühen bei ihrer Arbeit laut schreien, um sich verständlich zu machen, und können, wenn sie aus der Fabrik heraustreten, infolge dessen nicht gut hören.

Soweit die Elendsliste, die Dr. Jörn aufmacht. Es bedarf nach solchen Proben nicht mehr der besonderen Versicherung, daß die ohnehin schlechte Lage der Zündholzarbeiter nach der Zündholzsteuer geradezu jammervoll geworden ist.

Die Ursache dieser traurigen Lage liegt in erster Linie bei den Unternehmern, die auf die Bedürfnisse der Arbeiter ebenso wenig Rücksicht genommen haben wie auf ihre Gesundheit. Zur Rücksicht auf die Gesundheit würden sie schließlich durch Gesetz gezwungen, zur Rücksicht auf die Existenzbedürfnisse der Arbeiter müssen sie erst noch veranlaßt werden, und zwar durch die Arbeiter selbst. Und insofern ist die Arbeiterschaft der Zündholzindustrie mitschuldig an den jämmerlichen Zuständen. Sie hat immer allzu geduldig ertragen und gehofft, und sie hat nie aufgebeugt und gefordert. „Die Leute machen den Eindruck, als wenn sie den Glauben an eine bessere Zukunft verloren hätten, und tragen ihr Los mit der denkbar größten Resignation“, heißt es in einer Zuschrift an Dr. Jörn. So ist es! Die Arbeiter haben zu wenig Selbstvertrauen, zu wenig Kraftgefühl. Dr. Jörn konstatiert die geringe Beteiligung der Zündholzarbeiter an der gewerkschaftlichen Organisation und knüpft daran die Bemerkung: „Die Gründe für die geringe Beteiligung der Zündholzarbeiter sind darin zu suchen, daß die Arbeiterschaft der Zündholzindustrie auf einem tiefen Niveau steht und infolgedessen nicht fortgeschritten ist mit der modernen Arbeiterbewegung. Von großem Einfluß ist auch das Moment der starken Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen, denn gerade die höherstehenden qualifizierten männlichen Arbeiter bilden, wie das Beispiel in andern Branchen zeigt, den besten Grundstock für einen starken Ausbau der Organisation.“

Es ist beschämend für die Arbeiterschaft der Zündholzindustrie, daß sie sich so etwas nachsagen lassen muß. Ein Vertreter der Wissenschaft erkennt den Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die Zündholzarbeiter bedingungslos an — diese Arbeiter selbst aber stehen in ihrer Mehrheit tatenlos beiseite, lassen einen kleinen Vortrupp kämpfen, derweil sie selbst nur flennen und in Gebuld und in Demut weiter frönen im alten Joch.

Wie lange noch? Wie lange wollen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zündholzindustrie sich noch nachsagen lassen, daß sie auf einem tiefen Niveau stehen, daß sie nicht fortgeschritten sind mit der andern Arbeiterbewegung? Werden sie nicht endlich abwerfen ihre ängstliche Zufriedenheit und ihre bange Gleichgültigkeit? Werden sie nicht endlich sich einreihen in das Heer der organisierten Arbeiterschaft, um gemeinsam mit ihren Klassen-genossen zu kämpfen für einen größeren Anteil am Ertrage ihrer Arbeit, für etwas mehr Sonne, Licht und Lebensfreude? S.

× Streik in Rußland.
In der Kasseischen Farbendruckfabrik in Niesitz ist Streik ausgebrochen. Da die Firma in Frankfurt a. M. eine Filiale besitzt und auf dem Umwege über diese Streikbrecher nach Rußland anzukommen versucht, mögen unsere Kollegen recht vorsichtig sein und Bezug fernhalten.

Keramische Industrie

Aus den schlesischen Gefilden.

Der Kreis Groß-Wartenberg in Schlesien liefert seit Jahren den Ziegeleibizern Sachsens, der Markt und teilweise auch den der westlichen Provinzen billige, willige und auch tüchtige Arbeitskräfte. Im Frühjahr, sobald der Venzeschnee den letzten Schnee von den niedrigen Strohdächern der Arbeiterhütten verzehrt hat, schnüren die überflüssigen Arbeitskräfte ihr Bündel, nehmen von der Familie Abschied, um draußen in der Fremde den Kampf ums Dasein zu führen. Die Frauen und sonstigen Anverwandten bestellen indes in der Heimat das Stückchen Land, das häufig nur gepachtet ist, und versorgen den geringen Viehstand, der in einzelnen Fällen aus ein oder zwei Kühen, meistens aber aus einigen Hegen oder Stallhähnen besteht. Außerdem sind sie auf den großen Gutshöfen für einige Groschen mit Feldarbeit beschäftigt, um dadurch noch etwas zum Unterhalt beizutragen.

Die Männer schuften in den Ziegeleien früh draußlos, leben äußerst sparsam, oftmals sogar knauserig, damit sie möglichst viel erübrigen und die auf sie gesetzten Hoffnungen wenigstens zum Teil erfüllen. Sofern sie dann nach Heerde die Kampagne nicht mit Lehngraben beschäftigt werden, geht es „wie einige Wochen nach den Osterferien“, um dann kurz vor Weihnachten wieder in die Heimat zurückzukehren. Hat nicht Krankheit oder sonstiges Unglück die Familie heimgeführt, so reichen die den Sommer über zusammengetragenen Groschen gerade aus, um Miete, Pacht, Zinsen, Steuern und sonstige dringende Ausgaben zu bestreiten und über die arbeitslose Zeit notdürftig hinwegzukommen. Im Frühjahr beginnt dann diese Geschichte wieder von neuem.

In den letzten Jahren war es nun gelungen, eine Anzahl der Arbeiter unserer Organisation anzugliedern und tüchtige Gewerkschaftler aus ihnen zu machen. Auf Anregung dieser Kollegen versuchten wir kürzlich in den Ziegeleien des obengenannten Kreises, den Samen der Organisation auszustreuen. Der Boden wurde als überaus hart und steinig vorgefunden. Die Arbeiter sind zwar für den Organisationsgedanken durchaus empfänglich, allein ihre Abhängigkeit von den landlichen Gewaltgebern läßt sie mit geringer Ausnahme vor jeder Betätigung der Solidarität zurücktreten. So sind Versammlungslokale fast nirgends zu erhalten. Die Wirte möchten die paar Arbeitergroschen zwar gern verdienen, aber die Furcht vor den Dorfgroßen, vor dem Arbeiterverein, dem Gendarmen, Amtsvorsteher, Landrat und vor allem vor dem im Bezirk herrschenden Junker hält sie zurück.

Und diese Herrschaften, die alle den Gebieter herausstehen, dürfen nicht wissen, daß die Arbeiter mit der Organisation sympathisieren oder ihr gar angehören, weil sonst Schikanen und Nachteile aller Art zu erwarten sind. Die Arbeiter befürchten, daß sie dann kein Land mehr in Pacht erhalten, daß die in der Heimat verbleibenden Angehörigen auf den Gütern keine Beschäftigung mehr finden, daß ihnen das Hauschen oder die darauf lastende Hypothek gelündigt wird, daß ihnen die Arbeit im Forste und damit das unentgeltliche Brennholz entzogen wird usw. In einem Orte ist ihnen sogar angeboten worden, wenn eine Versammlung stattfinden würde, werde man ihre Steuern erhöhen. Unter diesen Umständen beschränkte sich unsre Agitationsarbeit hauptsächlich auf die Hausagitation, die noch unter der denkbar größten Vorsicht ausgeführt werden mußte, um den Kollegen keine Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Versammlungen waren nun zwei möglich, und zwar in Mangschütz und Neumittelwalde. Die Versammlung in Mangschütz tagte in der Wohnung eines langjährigen Kollegen, der, allen Gewalten trotzend, dem Arbeiter-Evangelium eine Stätte bot. Mangschütz ist ein für die dortigen Verhältnisse größeres Arbeiterdorf. Der Grund und Boden der ganzen Gegend gehört fast vollständig dem in Groß-Wartenberg residierenden Prinzen von Kurland. Es gibt deshalb in der Gegend, mit geringer Ausnahme, nur Gutspächter und Arbeiter. Welcher Geist hier weht, ergaben die letzten Reichstagswahlen. Mangschütz hatte zum ersten Male eine größere Anzahl sozialdemokratischer Stimmen aufgebracht, und zwar mehr als die Junkerpartei. Darüber soll sich der Prinz, der gerade im Riesengebirge dem Winterport huldigte, derart aufgeregt haben, daß er sofort seiner Residenz zuerzteute, um der zuständigen Geistlichkeit die Leviten zu lesen, daß sie es nicht besser verstanden hat, die ihr anvertrauten Schäflein dem roten Pferd fernzuhalten. Und hier fand nun die erste Versammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Die Versammlung war in aller Stille vorbereitet, so daß Gegenmaßnahmen nicht getroffen werden konnten. Als sie bekannt wurde, war es zu spät. Der von Groß-Wartenberg herbeigerufene Gendarm konnte vom Hausflur aus nur noch die Schlüsselworte des Referenten vernehmen, um dann, ohne ein Wort zu verlieren, der Heimat zuzutreten.

Die zweite Versammlung war also in Neumittelwalde oder in „Medzibor“, wie es bis vor einigen Jahren noch auf polnisch hieß. Die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen hier ziemlich ebenso wie in Mangschütz, nur daß hier kein Prinz, sondern ein Graf von Reichendach haust. Hier war es gelungen, ein Lokal zu mieten. An Verhänden den Stütz zur Zurücknahme seiner Zusage zu bewegen, hat es nicht gemangelt, sie blieben jedoch ohne Erfolg. Natürlich herrschte im Städtchen eine große Aufregung, daß zum ersten Male eine Arbeiterversammlung stattfinden sollte. So hatten sich denn auch zu der gut besuchten Versammlung der Gendarm und ein Ortspolizist eingefunden, die sich auch nicht entfernten, als ihnen bedeutet wurde, daß die Versammlung, die sich nur mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigte, ihres Schutzes und ihrer Anwesenheit nicht bedürfe. Sie waren also neugierig und blieben. Nach der Eröffnung der Versammlung, die durch einen Kollegen aus Breslau geführt, erhob sich der Gendarm und stellte die Personalien des Kollegen fest. Warum, wußten wir nicht. Der hohen Polizei gefiel es scheinbar in der Versammlung so gut, daß sie sich auch nach Schluß derselben noch nicht zum Fortgehen entschließen konnte. Der Gendarm spazierte im Hausflur auf und ab, während der Ortspolizist die Weidreierdienste zum Bürgermeister übernahm.

Endlich kam der Gendarm wieder in die Gaststube und verlangte von dem Versammlungsleiter eine Legitimation, die der Kollege jedoch nicht bei sich führte. Der Gendarm forderte ihn deshalb auf, mit nach dem Bürgermeisteramt zu gehen, was denn auch in Begleitung des Referenten geschah. Der Gang nach der hohen Obrigkeit erregte selbstverständlich allgemeines Aufsehen im Städtchen. Ständen die beiden Kollegen doch im Verdacht, leibhaftige Sozialdemokraten zu sein, und solche hatte man in Neumittelwalde noch nie gesehen. Nachdem auch der Bürgermeister keine Legitimation aus den Kollegen herauszubekommen konnte, wurden beide wieder entlassen mit der Bemerkung, daß sie sich einer Verletzung des Vereinsgesetzes schuldig gemacht hätten. Wodurch, wurde natürlich nicht gejagt, und wir sind neugierig es zu erfahren. Damit wäre denn der erste Samen der Arbeiterkollektivität in dieser schwarz-blauen Erde ausgestreut. Ob dieser Samen aufgeht und Früchte zeitigt, hängt von der Mitarbeit unserer dortigen Kollegen ab. Lassen sie sich als Pioniere der Arbeiterfrage nicht bange machen, halten sie das Banner der freien Organisation hoch, was auch da kommen möge, dann dürfte es ihnen an Mitreitern nicht fehlen. Möge es so sein, ihnen zum Schutz und allen Gewalten zum Trutz!

— Aus der Porzellan- und Steingutfabrik v. Wesel, A.-G., Bonn.
Die oben genannte Firma sucht im „Bonner Generalanzeiger“ Mädchen und Frauen für die Gießerei bei „hohem Lohn“. Da die Arbeiter und Arbeiterinnen allgemein über den geringen Verdienst klagen, wäre es wohl wissenswert, zu erfahren, was denn die Firma eigentlich

unter „hohem Lohn“ versteht. Die im Betriebe Beschäftigten möchten nämlich diesen hohen Lohn auch gern verdienen, mit dem man in der Öffentlichkeit herumprahlt.

Es gewinnt aber den Anschein, als wolle man nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeiter mit Frauen und Mädchen beschützen, um nach erfolgter Unternehmung die Männer auf Pfahler zu setzen, die trotz der geringen Löhne noch immer als „teure“ Arbeitskräfte betrachtet werden.

Will die Firma zur Erhöhung des Gewinnes eine Reform im Betriebe vornehmen, so mag sie einmal besseres Material beschaffen. Aus schlechtem Material ist eben keine gute Ware herzustellen.

Zu einer Reform bedarf es aber auch einmal einer gründlichen Ausleerung unter den Beamten. Es gibt einzelne Betriebsbeamte, zu denen die Arbeiter das Vertrauen schon längst verloren haben und auch keinerlei Autoritätsgefühl für sie mehr aufzubringen vermögen.

Daß bei diesen Bestrebungen die Arbeiter den kürzeren ziehen, ist selbstverständlich. Sie haben deshalb alle Ursache, auf dem Posten zu sein und für den Ausbau der Organisation zu wirken.

Die Organisation der Dachziegelabrikanen.

Der Verband deutscher Dachziegelabrikanen hielt kürzlich zu Berlin seine jährliche Hauptversammlung ab, von der die „Zornindustrie-Zeitung“ berichtet:

„Es war deutlich bemerkbar, daß der Gedanke des nötigen Zusammenchlusses auch in der Dachziegelindustrie endlich mehr und mehr an Boden gewinnt, wozu die weniger günstigen Zeiten und Aussichtslosigkeit der allenthalben bereits organisierten oder in der Bildung begriffenen Zusammenchlüsse der verschiedenen Abnehmergruppen ihr Teil beigetragen haben mochten.“

In den Vorstand wurden gewählt Herr Kommerzienrat R. Sturm (Zweimalbau) als Vorsitzender und Herr F. Schütte (Minden) als stellvertretender Vorsitzender, ferner die Herren Stadtrat Fald (Gandens), Direktor Spmacher (Brüggen), S. Martini (Simmenda) und Kommerzienrat Weinigert (Regensburg).

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich nun auch bei den Arbeitern der Dachziegelindustrie „der Gedanke des nötigen Zusammenchlusses“ bemerkbar machen würde. Denn jedenfalls bedürfen sie der Organisation dringender, als ihre „Herren“, da sie mehr als diese zu riskieren haben.

Um die Unfall-Entscheidung.

Der „Deutschen Lötter- und Ziegler-Zeitung“ entnehmen wir nachfolgenden Bericht der Ziegeleibergwerksvereinszeitung, der wohl allgemeines Interesse finden dürfte.

Der Arbeiter M. behauptete, in der Lehmgräberei durch Fall auf die Schienen eines Transportgleises während der Arbeitszeit einen Betriebsunfall (Verstauchung beider Fußgelenke) erlitten zu haben und stellte Antrag auf Gewährung einer Entschädigung.

Am Antrag der Genossenschaft wurde M. alsdann vom Königl. Schöffengericht König wegen verunglückten Betrags zu 50 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis und der Mitarbeiter wegen Beihilfe zum Betragsrückgang zu 30 Mk. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

Arbeiterjubiläum.

In den Vereinigten Staaten (Sandplattenfabrik) zu Chicago ist kürzlich ein Jubiläum gefeiert, die anlässlich des 25-jährigen Jubiläums einiger Arbeiter und Beamten veranstaltet wurde.

Die große Straßenszene „Segen ist der Mühe Preis“ hat der Arbeiter sehr erwünscht, obwohl sie dankbar den Sinn für eine Jubiläumsszene haben kann. Er hätte den Arbeitern vorrechnen können, was sie in den 25 Jahren ihrer Tätigkeit an Wohlstand geschaffen haben, welche Summen sie in Millionen erworben haben, und was ihnen selbst davon geblieben ist.

Man hat die Jubiläumsgeschenke die Jubiläre beladen und beschenkt. Die Jubiläre haben sich eine „Ehrenurkunde“ verdienen lassen, der Vorstand der Fabrik, Zement- und Kalkfabriken hatte eine „Ehrenurkunde“ und eine Geldsumme gespendet, und die Firma ließ sich auch nicht umhin, die Jubiläre den Jubilären ein Diplom, eine Denkmünze und eine Uhr zu überreichen.

Man hat die Jubiläre beladen und beschenkt. Die Jubiläre haben sich eine „Ehrenurkunde“ verdienen lassen, der Vorstand der Fabrik, Zement- und Kalkfabriken hatte eine „Ehrenurkunde“ und eine Geldsumme gespendet, und die Firma ließ sich auch nicht umhin, die Jubiläre den Jubilären ein Diplom, eine Denkmünze und eine Uhr zu überreichen.

verstanden, daß sie die Ehre hatten, 25 Jahre zu arbeiten, die sie stets daran erinnern: Arbeit ist des Bürgers Stolz!

Und nun werden sie ihre Hände fleißig weiterführen und dafür sorgen, daß auch in Zukunft die Aktionäre den goldenen Segen, „der Mühe Preis“, einstreichen können.

Ein tödlicher Unfall.

Im Portlandzementwerk Heidelberg-Mannheim ist schon wieder ein tödlicher Unfall zu verzeichnen. Ein Arbeiter aus Nußloch war in dem dortigen Zementwerk gehörenden Kalksteinbruch an einem Steinsilo beschäftigt, wobei er von herabfallenden Steinmassen überrascht und verunglückt wurde.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Scharfmacher unter sich.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

den in Schutz zu nehmen, sie weiß, daß beide bestrebt sind, die Arbeitererschaft zu unterdrücken, sie zu willenlosen Sklaven zu machen.

Wären sich die Herrschaften noch so streiten über die geeigneten Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterklasse, die freigeordnete Arbeitererschaft wird Wache halten, um jederzeit gerüstet zu sein; sie hat das Gefühl, das Heinrich Heine doch recht behält, wenn er in seinem Gedicht „Romanzero“ schreibt:

Wer recht hat, weiß ich nicht — Doch es will mich schier bedünken, Daß der Rabbi und der Mnch, Daß sie alle beide stinken.

Für die Papierarbeiter ist dieser Streit insofern von Bedeutung, als er ihnen wieder erneut zeigt, was sie von der so viel gepriesenen Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Papierindustrie zu halten haben, denn der ganze Streit dreht sich eigentlich um ihre Haut.

Sie sehen in diesem Kampfe den Generalsekretär Ditzges Interessen der reaktionärsten Scharfmacher verteidigen. Und dieser Herr und seine Auftraggeber bemühen sich, die Papierarbeiterschaft von einer angeblich bestehenden Interessensharmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu überzeugen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, veranlaßten auch die Unternehmer, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie gründeten zu diesem Zweck Unternehmerverbände, angeblich, um ungerechte Forderungen der Arbeiterschaft zu befämpfen.